

Erscheinungen auf den Grund gehen

Interdisziplinäre Fachtagung über Politische Ideologien in Berlin

Von Christa Schaffmann

Eine Fachtagung über Politische Ideologien im Wandel der Zeit kommt an Islamismus und Rechtsradikalismus in diesen Tagen und Monaten nicht vorbei. Wie viel mehr sie bieten kann, hat die Sektion Politische Psychologie des BDP in Kooperation mit der Psychologischen Hochschule Berlin, der Hochschule Hamm-Lippstadt und der Universität Mannheim auf ihrer interdisziplinären Fachtagung Anfang September gezeigt. Sie brachte Vertreter aus Wissenschaft und Praxis zusammen und ermöglichte auch jenseits der Vorträge in den Pausen und bei einem gemeinsamen Abendessen einen regen Austausch.

Der Aufruf zum Umdenken im Kampf gegen religiösen Extremismus durch den Psychologen Ahmad Mansour, den ersten Keynote-Speaker, war solide untermauert durch viele Erfahrungen aus seiner Arbeit mit radikalisierten Jugendlichen und deren Eltern aber auch aus der eigenen Biographie. Kritisch wandte er sich gegen all jene, die je nach politischem Standort die *eine* Ursache für Radikalisierung zu kennen glauben: die Benachteiligung durch die Gesellschaft, die soziale Ungleichheit, den Islam oder die mangelnde Bildung. Die Ursachen seien vielmehr komplex. Sie zu benennen und nicht aus Angst vor der Größe der Aufgabe oder aus Sorge um die Political Correctness zu verschweigen forderte er eindringlich.

Nach seiner Auffassung ist die Behauptung, der IS und andere Gruppierungen sowie deren Ideologie hätten nichts mit dem Islam zu tun, irreführend. Jegliches Islamverständnis, das die Sexualität tabuisiert, patriarchalisch angelegt ist, kritisches Denken nicht fördert sondern untersagt und ein Gottesbild zeigt, das mit der Hölle arbeitet, könne zur Radikalisierung führen.

Was den IS so attraktiv für manche jungen Menschen macht

Auch das Phänomen, dass immer mehr junge Mädchen und Frauen sich dem IS anschließen, vermochte er zu erklären. Viele von ihnen erlebten die Ausreise nach Syrien in den Krieg als Befreiung vom Elternhaus und merkten erst später, dass sie sich einer noch viel stärkeren Unterdrückung ausgeliefert haben.

Attraktiv sei der IS für junge Menschen auch durch seine einfachen Antworten, seinen Buchstabenglauben, durch die Abgabe jeglicher Verantwortung an Allah und die ausgefeilte Arbeit mit Videos und anderen Propagandainstrumenten im Internet. Der IS vermische darin Bilder, die die Kids aus Videospiele oder Blockbustern kennen, mit dem eigenen Kampf. Salafisten böten den Jugendlichen im Netz aber auch im persönlichen Kontakt Halt, eine Struktur im Alltag und das Gefühl, über andere Menschen entscheiden zu können. Zu glauben, die Radikalisierung werde mit dem Ende des Syrienkrieges aufhören, hält Mansur für eine Illusion.

Reform der Ausbildung von Lehrern gefordert

Ahmad Mansour forderte, die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern zu reformieren. Viele Lehrer aber auch Sozialarbeiter seien überfordert wenn sie einen Dialog mit muslimischen Jugendlichen führen sollen. „Das ist aber notwendig, denn nur in Gesprächen über Sexualität, Geschlechterverständnis, Buchstabengläubigkeit, Opfer- und Feindbilder und nicht an

Äußerlichkeiten wie Kopftüchern und Burkas lässt sich erkennen, ob ein Schüler sich radikalisiert. Nur im Dialog können wir sie früher als die Radikalen erreichen.“ An die Turboradikalisierung glaubt der Psychologe nicht.

Nicht hinnehmbare Trends

Besorgt äußerte der Psychologe sich über die Zunahme von Frauenverachtung, Homophobie und Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen. Er warnt vor Ausbreitung einer völlig anderen Lebensweise, in der Sexualität tabuisiert wird und muslimische Eltern bereits im Kindergarten versuchen Einfluss darauf zu nehmen, ob ihre Kinder im Sommer auch mal nackt spielen und Neugier auf den eigenen Körper zeigen dürfen. Er setzte sich für bundesweit klare Regeln ein, was z.B. die Teilnahme am Schwimmunterricht betrifft. Es sei nicht hinnehmbar, dass manche Schüler weniger lernten als andere. Darüber hätten Eltern nicht zu entscheiden. Wer hier zurückweiche mache einen Fehler.

Im Durchschnitt wird die Bevölkerung liberaler, aber...

„Rechtsradikale Ideologien“ standen im Mittelpunkt des zweiten Keynote-Vortrags, der von Dr. Britta Schellenberg von der Ludwig-Maximilians-Universität München gehalten wurde. Mindestens einen Teil der Zuhörer überraschte die Referentin mit validen Umfrageergebnissen, denen zufolge die deutsche Bevölkerung insgesamt liberaler werde und abwertende Einstellungen deutlich zurückgingen. Sie machte das u.a. an Zahlen der sogenannten „Mitte“-Studien zu übersteigertem Nationalismus/Chauvinismus sowie Ausländerfeindlichkeit und Rassismus deutlich. Hatten sich 2002 noch 18,3 Prozent der Befragten nationalistisch geäußert, so waren es 2016 nur 16,7 Prozent. Die mit 26,9 Prozent starke Ausländerfeindlichkeit 2002 ging bis 2016 auf 20,4 Prozent zurück. Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild hatten 2002 9,7 Prozent, 2016 noch 5,4 Prozent.

Rechtsextremisten sehen in ihren Straftaten eine Art Selbstverteidigung

Demgegenüber stehe die Gewalt von Gruppen wie dem NSU und anderen. Worin der Gesetzgeber und Teile der Öffentlichkeit Straftaten gegen Ausländer erkennen, sieht das völkische „Wir“ angesichts der wachsenden Zahl von Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund nur Akte der Selbstverteidigung in einer Notwehrlage. Am Beispiel des NSU machte Britta Schellenberg deutlich, dass Gewalt unter Rechtsradikalen als legitimes und erfolgversprechendes Mittel gilt, für das die Täter den „den Dank der Gemeinde“ erwarten könnten.

Eine einzige Ursache für diesen Trend gibt es ihres Erachtens nicht. Vielmehr kommen zu historischen Faktoren ökonomische dazu wie Arbeitsplatzverlust, prekäre Beschäftigung, Bankenkrise und andere. Nicht zu unterschätzen seien zudem soziale Faktoren (z.B. Statusverlust) und die politischen Defizite in der Leistungsbilanz der Regierung. In dieser Gemengelage wachse der Wunsch nach einfachen Lösungen und/oder einem charismatischen Führer.

Es gelte klarzustellen, wer in unserer demokratischen Gesellschaft dazugehört und so das „völkische“ Beurteilungsschema zu dekonstruieren. Statt Verständnis für diffuse Ängste zu äußern müssten der Schutz vor Diskriminierung verstärkt, Grenzen klargemacht und das Recht durchgesetzt werden.